

Sachsen, Kommunales und Kultur

Antrag: SK06

1 **Stellungnahme der AK: Konsensliste**
2 **Votum des LPT: mehrheitlich angenommen**

5 **Thema: Wohnverhältnisse von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern**

7 Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag wird beauftragt, in nachfolgendem Sinne
8 tätig zu werden.

10 Das Ziel der SPD in Sachsen ist die vollständige dezentrale Unterbringung von
11 Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und Geduldeten Personen in Sachsen und
12 Deutschland.

14 Wir fordern daher:

16 1. eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes

18 und

20 2. eine Änderung im Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetz

23 zu 1.)

24 Das Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) § 53 Absatz (1) Satz 1 wird geändert in:

25 „Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben und nicht oder nicht mehr verpflichtet
26 sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, sollen in der Regel dezentral
27 untergebracht werden.“

29 zu 2.)

30 Das Sächsische Flüchtlingsaufnahmegesetz (SächsFlüAG) § 3 Absatz (1) wird geändert
31 in:

32 "Unterbringungseinrichtungen sind:

33 1. Aufnahmeeinrichtungen nach § 44 Abs. 1 in Verbindung mit § 53 Abs. 1 AsylVfG sowie
34 § 15a Abs. 3 AufenthG,

35 2. in begründeten Ausnahmefällen Gemeinschaftsunterkünfte"

37 Die Kommunen müssen die Voraussetzung dafür schaffen, dass dieses Ziel erreicht
38 werden kann. Der Freistaat Sachsen und die Bundesrepublik Deutschland haben die

Sachsen, Kommunales und Kultur

Antrag: SK06

39 notwendigen finanziellen Mittel für die Umsetzung der neuen gesetzlichen Maßgaben
40 zur Verfügung zu stellen. Zukünftig ist jede Kommune verpflichtet, innerhalb von
41 spätestens sechs Monaten nach Aufnahme eines Asylbewerbers bzw. einer
42 Asylbewerberin sowie deren Familie, eigenen möblierten Wohnraum zur Verfügung zu
43 stellen. Um soziale Partizipation zu ermöglichen und Teilhabe zu sichern muss der
44 Wohnraum in den Kommunen über das gesamte Stadtgebiet verteilt sein, es darf
45 weder zur Auslagerung in Randbereiche der Kommunen noch zur so genannten
46 „Gettoisierung“ kommen. Die Kommune hat dafür zu sorgen, dass dieses Ziel erreicht
47 wird.